

# Zunehmende Unredlichkeit

## zerstört Vertrauen

Als der Abgasskandal aufflog, vor allem als klar wurde, dass nahezu alle Hersteller mit Duldung der Behörden<sup>1</sup> geschummelt hatten, dachte mancher Laie noch, dass das Einzelfälle einer besonders Erfolgs-verwöhnten Branche seien. In Wirklichkeit war es die Spitze eines Eisbergs, der aus großen Teilen der Wirtschaft besteht.

Was da geschehen ist, hat Andrew Matthews mal in einer kleinen Szene geschildert, in der ein neuer Mitarbeiter sich zunächst wundert, wie großzügig die alten Mitarbeiter die Pausen auslegen, aber nach einigen Wochen legt er selbst die Pausen noch großzügiger aus, als die anderen, die ihn durch ihre schlechtes Vorbild dazu ermutigt haben. Der Volksmund weiß das: „**Schlechte Vorbilder verderben die Sitten.**“

Eines der schlechten Vorbilder waren die **Banken**, die ganz offen in ihrer Werbung versprachen Geld in Steuerparadiesen anzulegen (so pries die Dresdner Bank Anlagen in Luxemburg). Ihre Manager, die sich zum Teil horrende Bezahlung gönnten, aber die Risiken ihrer Geschäfte klein redeten, verloren teilweise den Bezug zur Wirklichkeit, bis der Gesetzgeber ihnen strengere Regeln vorschrieb (Basel 1, 2 usw.). Da war das Kind aber schon in den Brunnen gefallen und der Steuerzahler durfte mit 270 Milliarden die Banken retten, die im Vertrauen auf ihre Größe und Wichtigkeit Risiken eingegangen waren, die sich als fatal erwiesen. Die Banken wurden gerettet, aber ihre Kunden nicht und manche Lebensversicherung, manches Ersparte, kurz das, was ein sorgloses Alter gewähren sollte, schrumpfte gefährlich zusammen.

Ein weiteres schlechtes Vorbild waren **Gemeinderäte**, die gegen die Gemeindeordnungen verstießen und „Cross-Border-Leasing-Verträge“ abschlossen. Dass das nicht redlich sein konnte, dass man den amerikanischen Steuerzahler für etwas bezahlen lassen wollte, was nur den windigen Vermittlern dienen würde, hätten redliche Gemeinderäte erkennen können. Aber man verließ sich auf die Versprechen der Finanzjongleure, die entsprechend aufzutreten wussten und deutschen Gemeinden viel Geld für ihre Infrastruktur gaben, die die Gemeinden sofort zurück mieteten, weil sie ohne ihre Infrastruktur gar nicht lebensfähig sind. Wasserwerke, Kläranlagen, Straßenbahnen, Verkehrsbetriebe, Leitungsnetze, alles wurde verkauft und brachte den Gemeinden kurzfristig viel Geld. Als aber Stuttgart erwog eine Brücke über die Kläranlage zu bauen, verhinderte das der neue Besitzer. Da sich die amerikanischen Steuergesetze geändert haben und dergleichen verhindern, will man jetzt als Besitzer so viel wie möglich von den Gemeinden herausholen. Einige haben bereits begonnen einen Teil ihres früheren Eigentums zurück zu kaufen. In den meisten Fällen wird das wohl teurer werden, als wenn man es

---

<sup>1</sup> Die Prüfungen wurden an Fahrzeugen ausgeführt, die auf genau diese Prüfungen vorbereitet waren. So wurden alle Schlitze, die den Windwiderstand erhöhen konnten, mit Klebeband zugeklebt. Kurz die Prüfungen hatten mit dem Alltagsbetrieb kaum noch etwas zu tun.

behalten hätte. Dass die Gemeindeordnungen in der Regel fremdsprachige Verträge verbieten, die wenigsten Gemeinderäte die englischen (Geheim-) Verträge zu sehen bekamen, oder lesen und verstehen konnten, hätte ebenfalls stutzig machen müssen. Außerdem dürfen Gemeinden in der Regel nicht spekulieren, also solche Geldgeschäfte tätigen, bei denen die Sicherheit nicht sehr hoch ist. Dass viele Gemeinderäte sich nicht an die Spielregeln hielten und jene Bürger, die das kritisch sahen als rückständig oder schlecht informiert bezeichneten, fällt heute auf sie zurück, denn die Bürger hatten ein besseres Gespür für die Fragwürdigkeit der Geschäfte.

Ebenfalls den **Gemeinderäten** muss man Verkäufe von Wohnungen zurechnen. Durch den Verkauf von Wohnungen, die den Gemeinden gehörten, an große Gesellschaften, wurde nicht nur der steile Anstieg der Mieten gefördert, sondern auch die Verknappung von Wohnraum, denn diese Gesellschaften begannen bald die Wohnungen zu modernisieren, damit sie diese teurer vermieten und mehr Gewinn machen konnten. Während der Modernisierung müssen die Mieter in der Regel ausziehen, damit die Handwerker freie Bahn haben. Dadurch sinkt aber die Zahl der verfügbaren Wohnungen, was die Preise steigen lässt und den entsprechenden Gesellschaften grade recht ist, weil steigende Mieten auch steigende Gewinne bedeuten. Zugleich steigt der Wert der Immobilien, wenn sie saniert wurden und steigert damit auch den Wert der Gesellschaft, die diese Immobilien besitzt.

Da die Bankenkrise zu einem niedrigen Zinsniveau führte, flohen immer mehr **Geldanleger** in Immobilien (Beton-Gold). Diese Anleger erhoffen sich nun Renditen, die auf dem Finanzmarkt nicht mehr zu erreichen sind. Das sind nicht die kleinen Leute, die sich eine Eigentumswohnung kaufen, um im Alter ihre Rente aufzubessern, sondern Leute, die große Summen Gewinn-bringend anlegen wollen. Wenn das bei den Banken nicht mehr geht, dann eben bei Immobilien. Das Ziel ist daher nicht mehr Menschen anständigen bezahlbaren Wohnraum zu bieten, sondern möglichst viel Geld zu verdienen.

Verschärft wird diese Entwicklung dadurch, dass **Versicherungen** das Geld ihrer Kunden ebenfalls anlegen müssen, damit es sich vermehrt, bis sie es für Arzt- oder Krankenhaus-Kosten, für die Rente, oder den Schadensfall brauchen. Auch sie sind an Bauten interessiert, die sich möglichst rasch bezahlt machen und daher mehr Zinsen abwerfen, als die üblichen Bankprodukte (Aktien, Fonds). Da man Neubauten innerhalb von 30 Jahren abschreiben kann, sind die Bauten nur so lange interessant, also wird entsprechend billig gebaut, denn es lohnt sich für Anleger nicht Gebäude zu bauen, die Jahrhunderte halten. Gebäude müssen sich schnell bezahlt machen, damit man sie unter Umständen nach 30 Jahren abreißen und etwas Neues hinstellen kann. Die Unwirtlichkeit der Städte und deren Verschandelung mit minderwertigen Bauten wird also zu einem beachtlichen Teil durch Versicherungen voran getrieben, die fast jeder Bürger braucht, sowie durch Leute, denen es nicht um die Schönheit der Stadt geht, oder um brauchbare Wohnungen für deren Bürger, sondern die Profit auf Kosten der Allgemeinheit erwirtschaften wollen.

Normalsterbliche staunen immer wieder, wenn sie erfahren, dass Kleidungsstücke, die angeblich aus Deutschland stammen, sich so nennen dürfen, weil Knöpfe oder Etiketten hier eingenäht wurden. Den gleichen **Etiketten-Schwindel** erlebt man auch bei Lebensmitteln. Etwa wenn „Bayerische Pilze“ aus Russland stammen, oder Norddeutsche Krabben in Nordafrika gepuhlt werden, weil Arbeitskräfte dort billiger sind, wenn Schinken aus Deutschland nach

Italien fährt, dort einen Stempel bekommt, der es dann ermöglicht ihn - wieder zurück in Deutschland - teurer als italienisches Produkt zu verkaufen.

Leider werden viel zu wenige solcher Betrügereien (die ähnlich wie beim Auto und anderen Schwindeleien so begangen werden, dass der Buchstaben des Gesetzes erfüllt wird, nicht aber der Sinn) immer seltener von den **Medien** (Presse, Funk und Fernsehen) erkannt und berichtet. Daher sind auch die Medien, die eigentlich Wächter sein müssten, Schuldige am Verlust von Redlichkeit und Vertrauen. Doch sie wollen häufig gar nicht mehr den Bürgern und dem Land dienen, sondern es geht nur noch darum möglichst billig die Seiten und Sendungen zu füllen. Die Vielfalt der Zeitungen geht zurück, weil gespart und entlassen wird, aber dafür wird eine Geschichte in zig Blättern abgedruckt. Die eigentlich für eine hohe Qualität notwendige Konkurrenz ist vielerorts abgeschafft worden (zuletzt wurden Nürnberg Nachrichten und Zeitung zusammen gelegt, die Stuttgart finden in ihren zwei Zeitungen auch immer öfter dasselbe nur mit anderer Schmuckfarbe). Da dem Leser keine Wahl bleibt, braucht man sich keine große Mühe mehr geben, was man an den vielen Schreibfehlern, schlechten Bildern und unzulänglichen Beiträgen merkt.

Der **Gesetzgeber** versucht durch immer neue Verordnungen solchen Schwindel zu verhindern, was aber nur zu immer mehr Bürokratie<sup>2</sup> führt, statt zu einer Abnahme der Unredlichkeit. Was wirken würde, wäre die Anklage und Verurteilung aller, die sich betrügerisch verhalten. Unter Umständen wäre sogar die Veröffentlichung der Schwindeleien hilfreich, zumindest solange, bis man sich wieder auf die Redlichkeit der großen Mehrheit verlassen könnte. Da die Unredlichkeit aber nahezu flächendeckend verbreitet ist, traut sich die Politik nicht recht einschneidende und wirkungsvolle Maßnahmen zu ergreifen. Man könnte ja die eigenen Wähler treffen, oder Firmen, die die Parteien mit großen Spenden unterstützen.

Dabei wird völlig übersehen, dass die zunehmende Unredlichkeit irre Blüten treibt, egal ob die vielen Datenschutz-Erklärungen, **Allgemeinen Geschäftsbedingungen**, die Beipack-Zettel von Medizinprodukten, oder die vielsprachigen Gebrauchs-Anweisungen oder Garantie-Erklärungen. All das weckt beim juristischen Laien, der die Texte in der Regel nicht versteht, gar nicht verstehen kann, den Eindruck, dass es da jemand nicht gut mit einem meint, sondern sich mit Hilfe des „Kleingedruckten“ Vorteile für sich herauschlagen will, denn sonst genügte ja der Hinweis: „Es gilt das Bürgerliche Gesetzbuch.“<sup>3</sup> Wenn man schon beim Arzt auf der Rückseite der Rechnung – natürlich in hellgrau, damit es die Älteren nur ganz schlecht lesen können – Geschäftsbedingungen vorfindet, dann fragt man sich, wie es um das Vertrauen zum Arzt und umgekehrt dem Vertrauen des Arztes zum Patienten bestellt sein mag, wenn dem Patienten dort klar gemacht wird, dass er in jedem Fall zahlen muss, auch, wenn seine Kasse bestimmte Leistungen nicht erstattet.

Was bedeutet die zunehmende Unredlichkeit für die Gesellschaft? Zunächst mal höhere Kosten, weil immer mehr Firmen sich mit Hilfe von Rechtsanwälten vor jeglichen Risiken zu schützen versuchen. Da die Rechtsanwälte Geld kosten, muss deren Honorar in Produkte und Dienstleistungen mit hinein kalkuliert werden, was sie teurer macht.

<sup>2</sup> In Stuttgart werden an allen Grünanlagen Schilder aufgestellt, die ganz genau beschreiben, was man hier darf und was nicht. Natürlich liest niemand diese Schilder, aber die Stadt hat durch die Schilder die rechtliche Grundlage geschaffen, dass man jeden, der sich nicht daran hält, belangen könnte. Aber ohne Kontrolle wird da nicht viel passieren. Dafür wurde viel Geld für Schilder, Fundamente und Pfosten ausgegeben.

<sup>3</sup> Der wäre sogar überflüssig, denn ohne andere Absprachen gilt BGB sowieso.

Besonders dreist treibt es die Bahn, die bis zu sechs Minuten Verspätung als „pünktlich“ deklariert und trotzdem den Fahrplan in vielen Fällen nicht einhält. Dass es bei den Fliegern nicht viel besser ist und diese bei Bedarf „überbucht“ werden (d.h. es werden mehr Tickets verkauft, als im Flugzeug Plätze da sind, so dass nicht alle mitfliegen können), tröstet kaum, denn beides ist unredlich.

Viel schlimmer ist aber, dass das Vertrauen zerstört wird. Egal ob bei den Banken, ob bei einem Lebensmittelskandal, Betrügereien der Automobilbranche, der Textilfirmen oder des Handels.

Aber ohne Vertrauen funktioniert keine Partnerschaft, keine Freundschaft, keine Familie, keine Zusammenarbeit am Arbeitsplatz, und genau so wenig der Handel zwischen Menschen, oder die Politik eines Landes. Stets muss **ein Mindestmaß an Vertrauen** da sein, um Parteien wählen zu können, damit sie im Sinne der Wähler, aber auch aller Bürger die Geschicke des Landes so gut, wie sie es können, lenken. Ohne dieses - durchaus beschränkte - Grundvertrauen funktioniert keine Zusammenarbeit auf Dauer. Spätestens wenn einer merkt, dass man ihn übers Ohr haut und ausbeutet, wird der ärgerlich und wehrt sich.

Die heutige weit verbreitete **Gereiztheit und Aggressivität** beruht sicherlich auch mit darauf, dass man das Gefühl hat ständig auf der Hut sein zu müssen, wenn man sich nicht einfach achselzuckend in sein Schicksal und die Betrügereien ergibt. Über den Ruf nach Recht und Ordnung, der den Rechten Wähler zutreibt, braucht man sich da nicht zu wundern. Der Ruf gilt natürlich nur für die Anderen. Man selbst ist ja so schlau überall für sich das Beste heraus holen zu wollen, möglichst ohne dafür zu bezahlen. Aber wehe man wird erwischt, weil man keinen gültigen Parkschein für sein Auto gelöst hat. Dann geniert man sich nicht etwa wegen der eigenen Knausrigkeit, sondern man schimpft auf die Kontrolleure, redet von „Abzocke“ und einem Mangel an Großzügigkeit. Das ist besonders lächerlich, wenn man mit einem teuren Auto die Parkplätze benutzt, aber dafür nicht bezahlen will, obwohl man es sich leisten könnte. Dass das unentgeltliche Benutzen eines Parkplatzes zu Lasten der Allgemeinheit geht, die den Parkplatz am Straßenrand baute und unterhält (ca. 10 000 € / Jahr), will man nicht sehen, geschweige denn, dass man ein gemeinschaftliches Gut (Straße) nutzt oder sich sogar - wo Parkgebühren verlangt werden - eine Dienstleistung erschleicht.

Da dieselben Leute häufig das große Wort führen und darüber klagen, was alles getan werden müsste, aber unterbleibt, wäre es ein Anfang, wenn sie selbst sich auch an die Spielregeln hielten und ihrerseits damit aufhören würden sich unredlich zu verhalten. Dann wäre ihre Kritik an Anderen sehr viel glaubwürdiger. So aber hat man den Eindruck, dass sie ständig Forderungen aufstellen, damit nicht auffällt, dass sie selbst nicht bereit sind ihren Teil zum Allgemeinwohl beizutragen.